

„Die Judaisierung von Galiläa“: Der Staat Israel baut die Segregation aus

Ben White, newarab.com, 08.06.23

Während sich Diplomaten und Journalisten auf Israels Siedlungsausbau in der Westbank konzentrieren, wird der Ausweitung der Segregation und der rassistischen Planung in Galiläa weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Gleichzeitig intensiviert die israelische Regierung jedoch ihre historische Politik, schreibt Ben White.

„Die Regierung treibt eine Reihe von Schritten voran, um jüdische Familien dazu zu bewegen, in Gemeinden im Norden Israels zu ziehen, einer Region mit einer großen arabischen Bevölkerung.“
Warum, so die Kabinettsmitglieder?
„Um die jüdisch-israelischen Siedlungen in Galiläa zu retten“.

Haaretz

Die jüngsten Bemühungen der israelischen Regierung um den Ausbau völkerrechtswidriger Siedlungen in der besetzten Westbank haben die Aufmerksamkeit von Diplomaten, Journalisten und Analysten auf sich gezogen, ob es sich nun um den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Wiedererrichtung der geräumten Siedlung Homesh 1 oder die Bemühungen um die Formalisierung des Status Dutzender „nicht genehmigter“ Siedlungsaußenposten handelt.

In der Zwischenzeit läuft aber eine andere Schlüsselinitiative der Regierung etwas unter dem Radar – obwohl auch sie von den Prinzipien des getrennten Wohnens und der rassistischen Planungspolitik geprägt ist. Dieses Projekt findet jedoch nicht in den Hügeln um Nablus oder Ramallah statt, sondern betrifft das Gebiet innerhalb der ‚Grünen Linie‘.

Am Montag veröffentlichte *Haaretz* einen Bericht mit dem Titel: *Israeli Cabinet Advances Plans to 'Judaize' Galilee, Expand West Bank Settlements*. In dem Artikel heißt es: „Die Regierung treibt eine Reihe von Schritten voran, um jüdische Familien dazu zu bewegen, in Gemeinden im Norden Israels zu ziehen, einer Region mit einer großen arabischen Bevölkerung.“ Warum, so die Kabinettsmitglieder?“ „Um die jüdisch-israelischen Siedlungen in Galiläa zu retten“.

„Ansiedlung von Juden“ in Galiläa

Das Projekt der „Judaisierung“ Galiläas reicht viele Jahrzehnte zurück, aber die derzeitige israelische Regierung – mit ihren religiös-nationalistischen und rechtsextremen Komponenten – hat ihm neues Leben eingehaucht.

In der Koalitionsvereinbarung zwischen *Likud* und Religiösem Zionismus wurde festgelegt, dass „die neue Regierung Pläne zur 'Judaisierung' Galiläas und des Negev ausarbeiten und umsetzen wird“. 2

Dies stützt sich auf Inhalte der Plattform des religiösen Zionismus, in der es heißt, dass „der zivile Besitz des Landes eine Vorbedingung für die Souveränität des Staates Israel ist“ und dass „eine Schwächung der Siedlungen, insbesondere in sensiblen Zusammenhängen des Landes wie dem zentralen Galiläa und dem nordöstlichen Negev, eine Gefahr ersten Ranges für die israelische Gesellschaft darstellt“ (meine Hervorhebung).

Der religiöse Zionist Yitzhak Wasserlauf, der zum Minister für die Entwicklung der Peripherie, des Negev und Galiläas, berufen wurde, sagt offen: „Wir wollen den Negev und Galiläa judaisieren“. 3 Wasserlaufs Stabschef ist Yakhin Zik, früher Mitglied der rechtsextremen Siedlergruppe *Regavim*. 4

Knessetmitglied Yitzhak Kroizer von der rechtsextremen israelischen Partei *Otzma Yehudit* unternahm schon früh als Parlamentsmitglied einen Ausflug nach Ramat Arbel“, einer nicht genehmigten israelisch-jüdischen Gemeinde in Galiläa, die von ihm mit den gleichen Worten wie die Außenposten in der Westbank enthusiastisch beschrieben wurde: 5 „Es ist an der Zeit, die jüdische Besiedlung in Galiläa zu stärken, es ist an der Zeit, in allen Teilen des Landes Siedlungen zu errichten.“

Wie andere Themen dieser Regierung steht auch die „Judaisierung“ Galiläas in der Kontinuität der historischen Politik und stellt gleichzeitig eine Eskalation oder Intensivierung dar.

In den 1970er bis 1980er Jahren wurden in Galiläa Dutzende von israelischen Kleinstädten gegründet, die als *Mitzpim* 6 oder *Aussichtspunkte* bezeichnet wurden. In der Presseberichterstattung über die Eröffnung einer solchen neuen „Siedlung“ im Jahr 1980 wurde darauf hingewiesen, dass der Zweck dieser neuen Gemeinden darin bestand, „den raschen Prozess der Übernahme der Kontrolle über große Gebiete in Galiläa durch arabische Dorfbewohner zu stoppen“.

Solche Sorgen kehren immer wieder in den Vordergrund zurück. 2003 legte der damalige Schatzmeister der *Jewish Agency* und spätere *Kadima*-Gesetzesabgeordnete Shai Hermesh einen behördenübergreifenden Plan zur Ansiedlung von Juden in Galiläa und im Negev vor und begründete dies mit einer höheren Geburtenrate unter palästinensischen Bürgern, die „unsere Mehrheit dort“ bedrohe. 7

Im Jahr 2013 formulierte die Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation „einen Plan zur Ansiedlung von mehr Juden in Galiläa, um ein demografisches Gleichgewicht mit der arabischen Bevölkerung zu erreichen. Der Plan sollte auf dem *Mitzpim*-Plan der 70er und 80er Jahre aufbauen, „mit dem Ziel, der israelischen Souveränität durch Siedlungsaktivitäten Ausdruck zu verleihen“, um „ein sinnvolles demografisches Gleichgewicht zu schaffen“. 8 Dies sind einige bemerkenswerte Fälle, aber vielleicht ist die Rolle der Zulassungsausschüsse die beste Illustration dafür, wie die derzeitige Regierung sowohl Kontinuität als auch Verschärfung bedeutet.

Segregation im Wohnungswesen

Solche Ausschüsse - auch bekannt als Auswahl- oder Aufnahmeausschüsse - überprüfen potenzielle Bewohner in Hunderten von israelischen Gemeinden. Sie sind ein wichtiges Instrument in einem viel

umfassenderen institutionalisierten System der Wohnungssegregation und diskriminierenden Planung.

Einem leitenden Korrespondenten der *Jerusalem Post* zufolge ist der Ausschuss eine „einzigartige israelische Erfindung“ 9, da „kein anderes Land der Welt 90 % seiner ländlichen Gemeinden erlaubt, Ausschüsse zu bilden, die einschränken, wer in ihnen wohnen darf“.

Die Ausschüsse sind nicht neu; Kibbuzim, Moschawim und Gemeinschaftssiedlungen arbeiten seit langem mit genossenschaftlichen Vereinigungen bei der Entscheidung über potenzielle Bewohner – im Naqab/Negev beispielsweise nutzen mehr als 90 % der jüdischen Gemeinden Aufnahmeausschüsse, um die Bewohner zu prüfen. 10

„Unerwünschte“ – hauptsächlich, aber nicht ausschließlich palästinensische Bürger – können gemäß den zu diesem Zweck verabschiedeten Statuten wegen „mangelnder Eignung“ abgelehnt werden 11. Wie Human Rights Watch bereits 2008 feststellte, wurden Zulassungsausschüsse „notorisch dazu benutzt, Araber vom Wohnen in ländlichen jüdischen Gemeinden auszuschließen“. 12

Als die israelische Regierung 2011 die Funktion der Ausschüsse in Gemeinden mit bis zu 400 Haushalten gesetzlich verankerte, 13 formalisierte sie damit eine seit langem bestehende Praxis. 14 Als das Gesetz 2014 vor dem Obersten Gerichtshof angefochten wurde, weigerten sich die Richter, das Gesetz zu kippen – eine Entscheidung, die nach Ansicht von Rechtsexperten den Grundsatz der getrennten Wohnverhältnisse in 43 % aller israelischen Städte effektiv legalisierte. 15 Nun versucht die derzeitige israelische Regierung, die Rolle solcher Ausschüsse auszuweiten - ein Ziel, das in den Koalitionsvereinbarungen enthalten ist.

Am Sonntag unterstützte der israelische Ministerausschuss für Gesetzgebung einen Gesetzentwurf, der die formalisierte Anwendbarkeit von Zulassungsausschüssen auf Städte mit bis zu 1.000 Haushalten und auf Gebiete außerhalb von Galiläa und Naqab – einschließlich Siedlungen in der Westbank – ausweiten würde. 16

Das Gesetz hätte somit den zweifelhaften Vorteil, dass es sowohl die institutionalisierte Diskriminierung als auch die De-facto-Annexion vertiefen würde.

Am Mittwoch passierte der Gesetzentwurf, der eigentlich eine Änderung des bestehenden Gesetzes über Zulassungsausschüsse darstellt, die erste Lesung im Plenum der Knesset mit einer Mehrheit von 39-15 Stimmen. 17

Die heutige israelische Regierung stützt sich auf Ideologien und praktische Maßnahmen, deren Ursprünge sich bis ins Jahr 1948 - und noch weiter zurück - zurückverfolgen lassen. Die heutige israelische Regierung macht die Natur des de-facto-Einheitsstaates glasklar, der heute von den Hügeln der Westbank bis nach Galiläa existiert.

Quelle: <https://www.newarab.com/opinion/judaize-galilee-israel-expanding-segregation>

1 <https://www.newarab.com/news/palestinians-near-homesh-outpost-share-fears-attack>

2 <https://www.haaretz.com/israel-news/2022-12-25/ty-article/.highlight/far-right-party-likud-agree-on-major-plan-to-judaize-negev-galilee/00000185-45b5-d723-a3d5-7dbd28460000>

3 <https://www.israelnationalnews.com/news/371415>

4 <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-04-27/ty-article-magazine/.premium/this-pro-settler-ngo-has-been-shaping-israeli-policy-for-years-now-its-in-control/00000187-c2cc-d628-ade7-c7ed62700000>

5 <https://www.haaretz.com/opinion/editorial/2022-12-18/ty-article/.premium/the-settlers-of-the-galilee/00000185-2406-dfc4-aff7-ef9f0fd10000>

<https://www.israelnationalnews.com/news/365288>

6 https://link.springer.com/chapter/10.1057/9780230621749_8

<https://www.jta.org/archive/focus-on-issues-a-manifestation-of-zionism>

7

https://web.archive.org/web/20140814195425/http://www.thejewishweek.com:8080/news/new_york/new_effort_settle_galilee_negev

8 <https://www.haaretz.com/2013-12-01/ty-article/.premium/plan-to-settle-jews-in-galilee/0000017f-e0dc-d568-ad7f-f3ff98dd0000>

9 <https://www.jpost.com/opinion/columnists/israels-segregated-acceptance-committee-society>

10 https://www.dukium.org/wp-content/uploads/2014/07/DINSC_JAN_2017_ENG.pdf

11 <https://www.jpost.com/Israel/MKs-clash-over-bill-to-let-small-communities-choose-their-residents>

12 <https://www.hrw.org/report/2008/03/30/map/land-and-housing-rights-violations-israels-unrecognized-bedouin-villages>

13 <https://www.adalah.org/en/law/view/494>

14 <https://www.972mag.com/knesset-to-pass-separate-but-equal-communities-bill-tomorrow/>

15 <https://www.adalah.org/en/content/view/8327>

16 <https://www.adalah.org/en/content/view/10833>

17 <https://www.timesofisrael.com/right-wing-mks-spearhead-effort-to-broaden-controversial-admissions-committees-law/>